

1 **Antrag A1**

2 MVV LINKE. Neukölln am 12. April 2021

3

4 **Änderungsantrag Landeswahlprogramm „DIE LINKE steht konsequent für eine**  
5 **starke öffentliche Daseinsvorsorge und gegen Sozialabbau“**

6

7 Zur Einreichung

8 DIE LINKE. Berlin

9 8. Landesparteitag, 2. Tagung

10 23./24. April 2021

11

12 Einreicher: Bezirksvorstand

13

14 Der Landesparteitag möge beschließen:

15 *Nach Zeile 80 einfügen:* „Dabei steht fest: Auf DIE LINKE ist auch in dieser Krisensituation  
16 Verlass. An einer Regierung, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau  
17 betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert,  
18 werden wir uns nicht beteiligen.“

19 **Begründung:**

20 Durch die Corona-Krise haben sich die finanziellen Spielräume wesentlich verengt. DIE  
21 LINKE will nicht zurück zu einer Spar- und Kürzungspolitik. Innerhalb der SPD- geführten  
22 Finanzverwaltung gibt es allerdings sehr konkrete Pläne. So wird in der „Finanzplanung von  
23 Berlin 2020 bis 2024“ ein  
24 Szenario der „Vollbremsung 2022“ entworfen, bei dem eine schnellstmögliche Rückkehr zum  
25 Konsolidierungskurs durch Kürzungen bei Sachausgaben, Investitionen und Personal  
26 erreicht werden soll. Auch Verdi. Berlin folgert aus der von Kollatz-Ahnen vorgestellten  
27 Finanzplanung, „dass in Folge der Politik der Unterwerfung unter die Schuldenbremse,  
28 angesichts der „leeren Kassen“ im Haushalt, eine neue Spar- und Privatisierungswelle und  
29 damit Aushöhlung der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf Berlin zukommt.“

30 Der mit dem Änderungsantrag vorgeschlagene Satz ist bereits Beschlusslage und im  
31 Grundsatzprogramm festgehalten. Es kommt darauf an, dass DIE LINKE schon im  
32 Wahlkampf deutlich macht, dass ein Sparkurs, wie von der Finanzverwaltung  
33 vorgeschlagen, nicht mit uns zu machen ist. Auch den Druck auf die SPD zu erhöhen, von  
34 solchen Planspielen abzusehen.